

# Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

## Ein Land, zwei Präsidenten

Mit einer Verzögerung von fünf Monaten wurde der alte Präsident Ashraf Ghani zum Sieger einer umstrittenen Präsidentschaftswahl erklärt. Sein Hauptkonkurrent, Abdullah Abdullah, erkannte den Wahlsieg nicht an und ließ erklären, eine Parallelregierung bilden zu wollen. Anfang März wurde Ashraf Ghani tatsächlich als neues Staatsoberhaupt Afghanistans vereidigt, genauso wie sein Rivale Abdullah in einer eigenen Zeremonie. Viele Beobachter befürchten Chaos und noch mehr Gewalt im Land. Die unabhängige Expertengruppe in Brüssel *International Crisis Group* erwartet hingegen, dass es den beiden Konfliktparteien wie schon in der Vergangenheit gelingt, die Spannungen zu deeskalieren. Maximalistische Rhetorik sei seit Jahren Teil der Innenpolitik.

## Internationaler Strafgerichtshof erlaubt Ermittlungen

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat einem Ermittlungsverfahren zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen in Afghanistan zugestimmt. In einem Urteil vom 5. März entschieden die Richter in Den Haag, auch Ermittlungen gegen Angehörige des US-Geheimdienstes CIA zu ermöglichen, einschließlich zu mutmaßlich geheimen Gefangenenlagern der US-Streitkräfte außerhalb von Afghanistan. Der IStGH kippte damit eine Entscheidung aus erster Instanz. Vor knapp einem Jahr hatte eine Kammer des Gerichts den Antrag der Anklage noch abgelehnt. Damals hieß es, es gäbe kaum Aussicht auf eine Kooperation Afghanistans, und deshalb sei ein Erfolg der Ermittlungen unwahrscheinlich. Die Chefanklägerin am IStGH, Fatou Bensouda, betrieb jedoch hartnäckig – und erfolgreich – die Revision, um gegen Verantwortliche für Folter, willkürliche Tötungen, sexuelle Gewalt und Kriegsverbrechen vorgehen zu können. Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan seit 2003 verübt worden waren. Bei einer Anhörung im Dezember 2019 hatten sich Opfervertreter nochmals nachdrücklich für die Einleitung von Ermittlungen ausgesprochen. Es ist das erste Mal, dass es vor dem IStGH Ermittlungen gegen US-Bürger geben soll. Die US-Regierung kritisierte mögliche Ermittlungen gegen US-Amerikaner scharf und kündigte Gegenmaßnahmen an.

## Hoffnungen zum USA-Taliban-Deal

Am 29. Februar 2020 unterzeichneten die USA und

die Taliban ein Abkommen über einen schrittweisen Abzug des US-Militärs (siehe auch Artikel im Heft), Zusagen der Taliban und die Aussicht auf innerafghanische Verhandlungen. Solche Verhandlungen wären der erste formale Schritt zur politischen Beilegung des Konflikts in Afghanistan seit dem Sturz des Taliban-Regimes durch die USA im Jahr 2001. Die *International Crisis Group* (ICG) erarbeitete einen 12-Punkte-Plan, um das Abkommen nicht von vorneherein dem Defätismus und Scheitern anheimfallen zu lassen. Die ICG konzentriert sich dabei auf Verfahrensschritte, um über ein technisch verlässliches Prozedere zu inhaltlichen Verhandlungen zu kommen. Im Einzelnen schlägt die ICG vor: 1) ein ständiger Ort für Gespräche mit einem Gastgeber, der eine effektive Vermittlerrolle spielen kann; 2) eine neutrale Vermittlerperson; 3) zu Beginn eine Entscheidung über die Struktur der Verhandlungen; 4) die anfängliche Tagesordnung vorverhandeln; 5) Vereinbarung von „Verkehrsregeln“ für die Gespräche; 6) frühzeitig leicht vereinbare Prinzipien identifizieren; 7) sich auf Geduld und Beharrlichkeit einstellen; 8) die Gewalt im Land reduzieren; 9) sich kontinuierlich treffen; 10) ein Forum für „Freunde der Verhandlungen“ schaffen; 11) technische Unterstützung anbieten; 12) sich auf das Gesamtziel der Gespräche einigen. Die ICG ist realistisch genug, um solche praktischen Maßnahmen nicht als Erfolgsgarantie misszuverstehen. Aber es eröffnet Chancen, unnötige Reibungen zwischen den Gesprächsparteien zu vermeiden und den Gesprächen zu einem inhaltlichen Abschluss zu verhelfen.

## Gefangenenaustausch

Im Einklang mit dem Abkommen zwischen den USA und den Taliban hat Afghanistans Regierung einem Gefangenenaustausch zugestimmt: Präsident Ghani unterzeichnete am 11. März einen Erlass, demzufolge 1500 Taliban-Kämpfer freikommen sollen. Damit solle der Weg für direkte Friedensgespräche freigemacht werden, sagte Präsdentensprecher Sediq Seddiqi. Ab dem Wochenende 14./15. März sollen täglich 100 Taliban aus den Gefängnissen freikommen, bis die Zahl 1500 erreicht sei. Sie müssten sich allerdings verpflichten, nicht wieder aufs Schlachtfeld zurückzukehren. Die Taliban hatten die Freilassung von 5000 Gefangenen verlangt. Die afghanische Menschenrechtskommission warnte davor, solche Taliban freizulassen, denen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen würden.